

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am Montag, den 10.06.2013 um 17:00 Uhr in der Aula der Geschwister-Scholl-Schule, Hermannstr. 21.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Thomas Lorenz

Ausschussmitglieder

Ingrid Bartholomäus
Sabine Danowski
Jutta Eifer
Renate Greif
Annette Pizzato
Björn Rimroth
Michaela Strukmeier
Annette Verhees
Harald Weiss

Beratende Mitglieder

Udo Schäfer
Eberhard Wolff

Vertreter

Armin Barg

Vertretung für Herrn Klaus Haselhoff

Olaf Jung

Vertretung für Frau Erni Huckenbeck

Arnold Müller

Vertretung für Frau Gudrun Weber; bis 18.50 Uhr

von der Verwaltung

Ute Butz
Sabine Erxleben
Dr. Josef Korsten

Gäste

Rosemarie Kötter
Kirsten Marter-Dumsch

ab 17.30 Uhr
bis 18.50 Uhr

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Klaus Haselhoff
Erni Huckenbeck
Gudrun Weber

Beratende Mitglieder

Kaya Anil
Inge Zieschang

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschriften über die 10. und 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 25.02.2013 und 06.03.2013 (öffentlicher Teil)
2. Die neue Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015 - Inhalte und Organisation BV/0480/2013/1
3. Wülfing Museum - Bericht von Frau Kötter über die Arbeit des Vereins IV/0369/2013
4. Mitteilungen und Fragen

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Nachdem er nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit festgestellt hat, eröffnet er die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung wird Frau Sabine Danowski – neues Ausschussmitglied – verpflichtet.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschriften über die 10. und 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 25.02.2013 und 06.03.2013 (öffentlicher Teil)

Der Ausschuss genehmigt die Niederschriften über die 10. und 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 25.02.2013 und 06.03.2013.

2. Die neue Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015 - BV/0480/2013/1 Inhalte und Organisation

Frau Marter-Dumsch, Moderatorin des Arbeitskreises Sekundarschule, stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Sekundarschule im Allgemeinen, die unterschiedlichen Organisationsformen und die Sekundarschule Radevormwald – als Ergebnis des Arbeitskreises – vor. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Hervorzuheben ist jedoch, dass nach einer Information der Bezirksregierung vom 07.06.2013 (dortiges Gespräch), eine Differenzierung im Fach Deutsch bereits ab Klasse 7 – wie gewünscht und auch in der Präsentation und im pädagogischen Konzept dargestellt –, nicht erfolgen darf. Die Bezirksregierung gab an, das pädagogische Konzept so nicht zu genehmigen.

Herr Dr. Korsten führt hierzu an, dass sich der Arbeitskreis für den Fall einer Ablehnung bereits im Vorfeld Gedanken gemacht hatte. Da eine möglichst frühe Förderung im Fach Deutsch vom Arbeitskreis als besonders wichtig angesehen wird, soll im Fach Deutsch dann eine andere Form der frühen Förderung, z.B. durch Förderkurse, erfolgen.

Auch ist es hinsichtlich der Kooperation mit dem Berufskolleg zu redaktionellen Fehlern im pädagogischen Konzept gekommen. Hier muss noch eine Anpassung an die Formulierungen der Kooperation mit dem Gymnasium erfolgen – dies betrifft sowohl das pädagogische Konzept als auch die Kooperationsvereinbarung mit dem Berufskolleg.

Das pädagogische Konzept ist zu ändern/anzupassen (Punkte 3.1, 3.5 und 3.7).
Die Kooperationsvereinbarung mit dem Berufskolleg ist anzupassen.

Herr Wolff fragt nach der rechtlichen Relevanz des Beschlusses der Schulkonferenz der Realschule und woher die Lehrer für die neue Schule kommen. Hierzu führt Herr Dr. Korsten an, dass die Schulkonferenz im Prozess zu beteiligen ist, aber ein negatives Votum kein rechtliches Hindernis für die Gründung der Sekundarschule ist. Trotzdem ist es wichtig, auch die Schulkonferenz der Realschule mit einzubeziehen und Einigkeit zu erzielen. Hinsichtlich der Lehrer für die neue Schule ist anzuführen, dass dies Entscheidungen der Bezirksregierung sind, auf die die Stadt keinerlei Einfluss hat. Es ist jedoch möglich, dass das Kollegium der neuen Schule z.B. durch Abordnungen/Versetzungen aus Lehrern der Haupt- und Realschule gebildet wird.

Herr Müller und Frau Bartholomäus signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen zu der teilintegrierten Organisationsform.

Herr Barg fragt nach der Aussage der Schulkonferenz der Realschule, dass man von dort die schulische Qualität in Radevormwald durch die teilintegrierte Organisationsform als nicht gesichert ansieht. Hierzu führt Herr Dr. Korsten an, dass sich der Arbeitskreis (in dem alle Schulleitungen vertreten waren) sehr viele Gedanken gemacht hat und die Entscheidung nicht leichtfertig getroffen wurde.

Sodann wird zuerst der Beschluss zu e) gefasst.

Frau Strukmeier spricht sich dafür aus, dass der Name „Geschwister Scholl“ in Radevormwald erhalten bleiben sollte. Daher soll bei dem Beschluss zu d) das Wort „zunächst“ aufgenommen werden. Hiergegen bestehen im Ausschuss keine Bedenken, zumal so der Schulkonferenz der neuen Schule auch mehr Spielraum gelassen wird.

Sodann werden die Beschlüsse zu a) bis d) gefasst.

Herr Dr. Korsten gibt eine Erläuterung zu der Anordnung der sofortigen Vollziehung. Er führt an, dass auch hierauf die Bezirksregierung im Gespräch am 07.06.2013 aufmerksam gemacht hat.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung dient als Sicherheit. Eventuelle Klagen gegen die Ratsbeschlüsse zur Sekundarschule würden bei fehlender Anordnung der sofortigen Vollziehung eine aufschiebende Wirkung entfalten. Damit wären ein ordnungsgemäßes Anmeldeverfahren für die neue Schule und auch ein Start der Schule in Gefahr.

Sodann werden die Beschlüsse zur Anordnung zur sofortigen Vollziehung der Beschlüsse zu a) bis e) und zu dem Beschluss des Rates vom 11.12.2012 – Top 7 a) bis c) (Gründung der Sekundarschule zum 01.08.2014 und dem sukzessiven Auslaufen/Schließung der Haupt- und Realschule) – gefasst.

Im Anschluss erläutert Herr Dr. Korsten, dass nun alle zusammen – Politik, Verwaltung, Schulen – für die neue Schule werben müssen. Im weiteren Vorgehen ist nun geplant, auf die Schulkonferenz der Realschule zuzugehen, die Eltern zu informieren, die Raumplanung zu erstellen und abzustimmen und die Finanzplanung zu betreiben.

Bezüglich verschiedener Anmerkungen aus dem Ausschuss, dass die Eltern bisher nicht informiert wurden, und dadurch ggf. Verunsicherung herrscht, führt Herr Dr. Korsten an, dass jetzt erst ein Konzept und Rahmenbedingungen geschaffen sind, über die informiert werden können.

Frau Strukmeier bittet darum, bei der Raumplanung den Inklusionsgedanken zu berücksichtigen. Herr Dr. Korsten erwidert, dass dies eine Selbstverständlichkeit ist.

Herr Dr. Korsten sagt zu, die Eltern noch vor den Sommerferien, möglichst mit einem erfahrenen Praktiker/einer erfahrenen Praktikerin, über die Sekundarschule zu informieren und möglichst kurzfristig einen Gesprächstermin mit der Realschulleitung zu terminieren. Auch wird nun mit der Raumplanung begonnen, wobei die Schulleitungen einbezogen werden.

Der Ausschussvorsitzende bittet darum, der Niederschrift einen Ablaufplan über noch erforderliche Arbeiten beizufügen und den Ausschuss über weitere Neuerungen auf dem Laufenden zu halten. Auch dies wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Anlagen:

- Gesamt-PowerPoint-Präsentation Fr. Marter Dumsch
- geänderte Seiten zum pädagogischen Konzept
- geänderte Kooperationsvereinbarung mit dem Berufskolleg
- weitere Terminplanung

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat hinsichtlich der neuen Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015 zu beschließen, dass diese

- a) 3-zügig sein soll,
- b) als Ganztagschule geführt werden soll,
- c) in den Räumlichkeiten der aufzulösenden (auslaufenden) Haupt- und/oder Realschule errichtet werden soll und
- d) zunächst den Namen „Städtische Sekundarschule Radevormwald“ führen soll.

Des weiteren empfiehlt der Ausschuss dem Rat – auf Grundlage des vom Arbeitskreis erarbeiteten pädagogischen Konzeptes (siehe Anlage) – zu beschließen, dass die Sekundarschule

- e) die teilintegrierte Organisationsform haben soll.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) die Anordnung der sofortigen Vollziehung der hier unter a) bis e) empfohlenen Beschlüsse zu beschließen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat außerdem gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die Anordnung der sofortigen Vollziehung der in der Sitzung des Rates am 11.12.2012 unter Top 7 a) bis c) gefassten Ratsbeschlüsse zur Gründung der Sekundarschule zum 01.08.2014 und dem sukzessiven Auslaufen/Schließung der Haupt- und Realschule zu beschließen.

Abstimmungsergebnis zu a), c), d), e) und zu den Anordnungen der sofortigen Vollziehung:	Ja-Stimmen	12 (CDU 5, SPD 3, FDP 2, UWG 1, AL 1)
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	1 (UWG 1)
Abstimmungsergebnis Zu b):	Ja-Stimmen	11 (CDU 5, SPD 3, FDP 2, UWG 1)
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	2 (UWG 1, AL 1)

3. **Wülfing Museum - Bericht von Frau Kötter über die Arbeit des Vereins** **IV/0369/2013**

Frau Kötter stellt sich vor. Sie ist seit Gründung des Vereins in 1997 Vorsitzende. Sie führt aus, dass das Museum seit 1999 für Besucher geöffnet ist – anfangs nur für angemeldete Gruppen, seit 2010 mit geregelten Öffnungszeiten (April bis Oktober, sonntags). Seit 2012 ist das Museum sonntags auch im März und November geöffnet. In 2012 seien etwa 4000 Besucher im Museum gewesen. Die Stimmung im Verein ist eine sehr gute. Sorge bereitet dem Verein in erster Linie die geringe Mitarbeiterzahl – gerade für Führungen und Besucherbetreuungen. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter sind seit der Gründung des Vereins dabei und werden natürlich auch älter. Zwar kann das Museum auch alleine begangen werden, jedoch wünschen sich die meisten Besucher eine Führung. Die Finanzlage des Vereins lässt die

Einstellung von Mitarbeitern nicht zu. Ein Programm vom Arbeitsamt, durch das eine zeitlang eine bezahlte Kraft zur Verfügung stand, gibt es nicht mehr. Frau Kötter gibt weiter an, dass die Bereiche Dampfmaschinen, Rundgang, Rohstoffe und Labor z. Zt. noch mit Fachpersonal abgedeckt sind. Für die Bereiche Weberei und Natur gibt es jedoch Schwierigkeiten. Sie erläutert, dass es zwar diverse Programme zur Finanzierung von Ausstellungen o.ä. gibt, jedoch keine zur Finanzierung von Personal. Auch kontinuierliche Nachfragen beim LVR blieben erfolglos.

Hinsichtlich möglicher Events erzählt Frau Kötter, dass seitens des Vereins in der Vergangenheit ein Oktoberfest durchgeführt wurde, dieses jedoch mit einem Minus in der Kasse geendet hätte. In Bezug auf mögliche Vermietungen gibt Frau Kötter an, dass der Restaurantbereich nicht mehr dem Verein gehöre, sondern an eine GbR übergeben wurde.

Frau Kötter ist dankbar für alle Anregungen, die dem Verein helfen. Auch über regelmäßige Aufrufe in der Presse ist sie dankbar.

Der Ausschussvorsitzende dankt Frau Kötter für ihren Bericht und ihr und allen Mitarbeitern des Museums für das große Engagement.

4. Mitteilungen und Fragen

a) Verbundschule Bergerhof-Wupper

Frau Bartholomäus regt an, Frau Ebbinghaus zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um über die Verbundschule zu berichten.

b) Fortbestand der Armin-Maiwald-Schule

Herr Dr. Korsten berichtet, dass es zum Fortbestand der Armin-Maiwald-Schule noch keine Neuerungen gibt. Ziel ist der Erhalt der Schule vor Ort. Um die (noch immer nicht offizielle) im Raum stehende Mindest-Schülerzahl für Förderschulen im Verbund von 144 zu erreichen – was die Armin-Maiwald-Schule alleine nicht schafft – gibt es Überlegungen, diese Anzahl durch Addition mehrerer Förderschulen zu erreichen. Zwischen den Kommunen im Nordkreis (Radevormwald, Hückeswagen, Wipperfürth, Lindlar) hat es ein Gespräch gegeben. Hieraus ist eine Anfrage an die Bezirksregierung entstanden, ob es möglich ist, durch eine Nordkreis-Verbundschule mit Dependancen, die Mindest-Schülerzahl zu erfüllen. Eine Reaktion von der Bezirksregierung ist noch nicht erfolgt. Dies kann daran liegen, dass die Verordnung hinsichtlich der Mindest-Schülerzahlen noch nicht in Kraft getreten ist und ggf. auch überarbeitet wird.

Auch gibt es Überlegungen zu kreisweiten Lösungen. Eine Möglichkeit wäre, dass der Kreis Schulträger für alle Förderschulen wird. Ein anderer Ansatz geht dahin, dass alle Kommunen, die noch nicht beigetreten sind, dem Förderschul-Zweckverband beitreten, der bereits im Mittel- und Südkreis existiert. Diese beiden Möglichkeiten werden derzeit durch den Kreis mit Begleitung des Unternehmens BiRegio untersucht. Ziel bei allen Möglichkeiten soll vorrangig der Erhalt der Förderschulen vor Ort (ggf. als Dependance) sein. Der Prozess ist insgesamt sehr schwierig, solange konkrete Landesvorgaben fehlen.

Hinsichtlich verfassungsmäßiger Bedenken (Konnexitätsprinzip) ist anzuführen, dass das Land der Meinung ist, die Aufgabe der Inklusion sei keine neue, aber der Städte- und Gemeindebund hier anderer Auffassung ist.

Frau Strukmeier bittet darum, einen Elternbrief – verfasst von verschiedenen Initiativen und Organisationen – an die LehrerInnen in NRW der Niederschrift beizufügen.

Die Sitzung endet um 19.35 Uhr.

Thomas Lorenz
Vorsitzender

Sabine Erxleben
Schriftführerin